

Kantonsratsbeschluss

Vom 9. Dezember 2014

Nr. SGB 126/2014

Globalbudget „Steuerwesen“ für die Jahre 2015 bis 2017

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 Abs. 1 Bst. b und Abs. 2 der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986¹, gestützt auf § 19 Abs. 1 und § 20 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G)², nach Kenntnisnahme von Botenschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 9. September 2014 (RRB Nr. 2014/1551), beschliesst:

1. Für das Globalbudget „Steuerwesen“ werden für die Jahre 2015 bis 2017 folgende Produktgruppen und Ziele festgelegt:
 - 1.1 Produktgruppe 1: Veranlagung
 - 1.1.1 Fristgerechte Festsetzung der Veranlagungsfaktoren betreffend
 - Natürliche Personen (NP)
 - Juristische Personen (JP)
 - Quellensteuern (QST)
 - Nebensteuern
 - 1.1.2 Kostengünstige Veranlagungen
 - 1.2 Produktgruppe 2 : Inkasso
 - 1.2.1 Fristgerechter Bezug der Staats- und der direkten Bundessteuern
 - 1.2.2 Kostengünstiger Bezug der Steuern
 - 1.2.3 Möglichst geringe Steuerabschreibung infolge Uneinbringlichkeit
 - 1.3 Produktgruppe 3: Übrige Dienstleistungen
 - 1.3.1 Katasterwerte für Grundstücke kostengünstig festlegen
 - 1.3.2 Liefern von Grundlagen wie Einkommensverhältnisse, Katasterwerte, Aktienbewertungen usw. für andere Verwaltungsbehörden (z.B. AHV-Organe, Steuerbehörden anderer Kantone) und Gerichte
2. Für das Globalbudget „Steuerwesen“ wird als Saldovorgabe für die Jahre 2015 bis 2017 ein Verpflichtungskredit von Fr. 44'042'000 beschlossen.
3. Der Verpflichtungskredit für das Globalbudget „Steuerwesen“ wird bei einer vom Regierungsrat beschlossenen Lohnanpassung gemäss § 17 des Gesamtarbeitsvertrages vom 25. Oktober 2004 (BGS 126.3; GAV) angepasst.
4. Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Im Namen des Kantonsrats

Peter Brotschi

Präsident

Fritz Brechbühl

Ratssekretär

Dieser Beschluss unterliegt nicht dem Referendum.

¹ BGS 111.1

² BGS 115.1

Verteiler

Finanzdepartement
Steueramt (5)
Amt für Finanzen (2)
Parlamentscontroller
Kantonale Finanzkontrolle
Parlamentsdienste (1093/2014)